

mitte drin

Ausgabe 02 / 2019 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Wohnungen in öffentliche Hand!

DIE LINKE. unterstützt Volksbegehren

Die neoliberale Ideologie, nach der die Bedürfnisse der Menschen am besten befriedigt werden, wenn der Markt von staatlicher Regulierung befreit wird, blamiert sich in Berlin besonders stark am Wohnungsmarkt.

Die seit den 1990er Jahren bestehende weitgehende Narrenfreiheit für die private Immobilienwirtschaft hat dazu geführt, dass heute immer mehr Menschen durch Mietsteigerungen aus ihren Kiezen vertrieben werden, während die knappen Restflächen mit Luxusapartments, Ferienwohnungen und Hotels gefüllt werden statt mit bezahlbarem Wohnraum. Denn ohne öffentliche Kontrolle und Förderung gemeinnütziger Lösungen strebt „der Markt“ immer nach Mitteln und Wegen, die den meisten Profit abwerfen. Ein hoher öffentlicher Anteil am Wohnungsbestand ist daher das beste Mittel für bezahlbaren Wohnraum.

Als besonders lernresistente Vertreterin der neoliberalen Ideologie erwies sich kürzlich die Berliner CDU, als sie im Abgeordnetenhaus einen Antrag gegen die angebliche



55 Prozent der Berliner*innen für Enteignung von „Deutsche Wohnen & Co.“

„massenweise und willkürliche Enteignung privater Wohnungsbestände“ einbrachte. Der Anlass: Ein Bündnis aus verschiedenen Mieterinitiativen tritt unter dem Motto „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ dafür ein, dass die Bestände der Deutsche Wohnen und anderer Immobilienkonzerne in öffentliches Eigentum überführt werden. Wie eine „Tagesspie-

gel“-Umfrage im Januar zeigte, findet diese Forderung bei 55 % der Berliner Bevölkerung Zustimmung – denn genügend Mieter kennen die Praxis der Deutsche Wohnen (und ihrer großen Konkurrenten wie Vonovia oder Ake- lius) zur Erzielung höchstmöglicher Mietstei-

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Levent Cayir – der Mann am Empfang im Rathaus Mitte

Sein Weg zu diesem Arbeitsplatz war weit. 1970 geboren in Aksaray, einer türkischen Provinzstadt, früh verlor er die Mutter, wuchs bei der Oma auf und folgte dem Vater, der in der BRD Arbeit gefunden hatte. Ein Freund riet Levent zu Berlin.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Anfrage blieb ohne Antwort – nur aus Zeitgründen

Die Bilder weckten Entsetzen – eine Obdachlose, von Polizisten gefesselt, ihre armseligen Habe als Müll beiseite geschmissen – wo ist die Frau geblieben? Hat sie ein menschenwürdiges Quartier bekommen? Viele Fragen, auf die es in der BVV-Sitzung keine Antwort gab.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Drei Kontrolleure gegen ein 13jähriges Mädchen

Eine alltägliche Begegnung in Berlin. Mit Folgen. Und Zeugen: Tobias Schulze, MdA für die LINKE. Fahrkartenkontrolle! Das Mädchen mit korrekter Fahrkarte, aber ohne Ausweis, wie denn auch, sie ist 13. Man unterstellt, sie müsse älter sein und zahlen.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Basisworkshop der LINKEN Berlin-Mitte

Welche Schwerpunkte wollen wir als Bezirksverband in diesem Jahr gemeinsam umsetzen? An alle Mitglieder der LINKEN in Berlin-Mitte: **Einmischen! Mitmachen!**

Samstag, 2. März, 11.00 bis 16.00 Uhr

Karl-Liebnecht-Haus (Kleine Alexanderstraße 28, U-Bhf Rosa-Luxemburg-Platz), Konferenzzentrum

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Räumung eines sogenannten Obdachlosen-Camps im Ulap Park

Durch die Medien gingen erschreckende Bilder: Eine obdachlose Frau, von der Polizei gefesselt, ihr Kopf mit einem Tuch verhüllt. Die Linksfraktion fragte darum in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte am 24. Januar nach der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes, nach dem Verbleib der Frau und welche konkrete Hilfe ihr nach der Vernichtung ihres Eigentums zugekommen war.

Aus Zeitgründen konnte die Anfrage der Linksfraktion nicht beantwortet werden. Es gab jedoch eine CDU-Anfrage, in der nach dem Wohlbefinden der beteiligten Beamten gefragt wurde, aber nicht nach der obdachlosen Frau.

Rüdiger Lötzer (DIE LINKE) erklärte daraufhin, dass der moralische Maßstab verloren geht, wenn man sich Sorgen um ein knappes Dutzend Uniformierter macht, die eine kranke Frau fesseln, aber nicht um die Frau selbst. Auch Personen ohne Uniform sind Menschen und das Vorgehen durch die Staatsgewalt muss immer verhältnismäßig sein. Die Würde des Menschen ist unantastbar, das gilt auch für alle Menschen in Mitte!

Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Grüne) vertraute auf die Polizei, die erklärt habe, dass der Einsatz notwendig gewesen sei. Von Dassel kann aber nicht abschließend die



Angemessenheit beurteilen. Der Zustand der Frau war jedoch seit längerem dem Bezirksamt bekannt, es kam aber nicht zu Hilfsversuchen. Das soll durch Besetzung von zwei Stellen für die aufsuchende Sozialarbeit besser werden. Anders als in der Pressemitteilung des Bürgermeisters dargestellt, lag gegen die Frau weder eine Anzeige noch ein Haftbefehl vor. Rüdiger Lötzer merkte noch an, dass die obdachlose Frau nie bei „Evas Haltestelle“ oder einer anderen Hilfsstelle angekommen sei. Keiner der Beteiligten habe gesehen, dass dort eine Frau Hilfe benötigt. Er kritisierte, dass Von Dassel in seiner Pressemitteilung erklärt,

dass man Obdachlose auch zur Hilfe nötigen muss. Nötigung ist eine Straftat. Hilfe hat die Frau nicht bekommen. Das einzige Ergebnis sei, dass die Frau ihre Sachen verloren hat und vertrieben wurde. Das ist kein menschenwürdiger Umgang mit Obdachlosen. Von Dassel musste zugeben, dass jetzt keiner weiß, wo sich diese Frau befindet. Zu dem vernichteten Eigentum

der Frau sagte Von Dassel: „Müll ist kein Eigentum.“

Andreas Böttger

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Blick aus dem Amt

Seit dem 02. Januar 2019 bin ich nun als Bezirksstadträtin für die Bereiche Jugend, Familie und Bürgerdienste im Dienst. Ich habe gute Amtsleiter*innen und Mitarbeitende angetroffen, die mich sehr herzlich aufnahmen und mit denen ich die vielfältigen Herausforderungen anpacken kann.

Ein erster Schritt war das Zielsystem 2019, das am 22. Januar im Bezirksamt beschlossen wurde und wichtige Ziele zur weiteren Entwicklung des Bezirks festlegt. Diese Ziele beziehen sich sowohl auf die Stadtgesellschaft im Ganzen als auch auf die Arbeitsstruktur des Bezirksamts. Die Aufgaben sind auf Grund des Phänomens „wachsende Stadt“ rasant angewachsen und die Bereitstellung von Dienstleistungen und Infrastruktur, die mit solch einer Entwicklung

Schritt hält, ist eine zentrale Herausforderung. Im Fokus des Handels steht nicht nur für mich, sondern für das gesamte Bezirksamt, die Stärkung einer auf Toleranz und Solidarität ausgerichteten Zivilgesellschaft.

Für meine Bereiche seien hier zwei Ziele genannt:

Wie schon letztes Jahr ist der Kita-Ausbau für den Bereich Jugend und Familie von großer Bedeutung. Der Bedarf an Betreuungsplätzen ist unverändert hoch und wird weiter ansteigen, während starker Fachkräftemangel und verzögerte Bauvorhaben den Ausbau erschweren. Wir haben uns im Bezirksamt auf das Ziel der Schaffung von 600 Plätzen geeinigt und acht Kita-Standorte benannt, für die die Planung 2019 abgeschlossen werden soll. Beim Ausbau muss neben der Quantität auch darauf geachtet

werden, dass die Plätze bedarfsgerecht sind.

Für den Bereich der Bürgerdienste ist das Ziel für 2019, die Bearbeitungskapazität der Einbürgerungsbehörde schrittweise an die Zahl der Einbürgerungsbegehren anzupassen und entsprechend die angebotenen Beratungstermine pro Woche zu erhöhen. Die Fragen der Einbürgerung sind zentral. Die Bezirksverwaltung muss auf die vielfältige Anwohnerschaft des Bezirks reagieren und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Die Wahrnehmung des Wahlrechts und damit die Teilnahme am politischen Prozess sind dabei ein bedeutsamer Punkt, daher sind schnelle Einbürgerungsverfahren wichtig.

Mit diesen Zielen vor Augen werde ich in die anstehenden Haushaltsverhandlungen gehen.

Ramona Reiser

Ramona Reiser – neue Stadträtin der Linken

Ramona Reiser, 33, ist die neue Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste im Bezirk Mitte. Sie wurde auf Vorschlag der Linksfraktion gewählt.

Wie viele Stunden arbeitest du pro Woche?

R.R.: Auf dem Papier stehen 40 Wochenstunden. Das klappte nur in meiner ersten Woche. In der Realität sind es locker 50-60 Wochenstunden. Aber ich war vorgewarnt und wusste, worauf ich mich einlasse. An manchen Tagen habe ich tatsächlich nur 8 Stunden, an anderen Tagen sind es wiederum 11 oder 12 Stunden.

Wie sieht jetzt dein Alltag aus?

R.R.: Es gibt viele unterschiedliche Termine im Bezirksamt. Das umfasst Bürorunden, in denen der Terminablauf der Woche besprochen und Aufgaben delegiert werden, Besprechungen mit den Amtsleitungen, aber auch Gremiensitzungen wie die Bezirks-

amtssitzung und Ausschusssitzungen. Dazu kommen noch Außentermine wie der Tag der offenen Tür in der Jugendberufsagentur oder im Moment auch Neujahresempfänge.

Welche Aufgaben sind die Dringendsten, die erledigt werden müssen?

R.R.: Wir brauchen sowohl für die Bürgerdienste als auch das Jugendamt schlicht mehr Personal. Zudem haben wir Raumknappheit.

Die BVV muss im Haushalt die entsprechenden Akzente setzen. Das Geld ist nicht mehr so knapp wie in den vorherigen Jahren, aber die Aufgaben sind aufgrund des Phänomens „wachsende Stadt“ rasant angewachsen. Als ehemalige Verordnete kann ich mich noch in die Perspektive der Verordneten versetzen und hoffe, dass mir die BVV im neuen Haushalt die Spielräume gibt, um praktische Verbesserungen zu erreichen. Auch außerhalb der Büros herrscht Raumknappheit für Jugendangebote. Wir brauchen unkonventionelle Lösungen für die Nutzung von öffentlichem Raum und müssen multiple Nutzungen möglich machen, ohne dabei verschiedene Nutzergruppen gegeneinander auszuspielen.

Dann steht die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes an und die Einrichtung der Teilhabeämter, wo Menschen mit Behinderungen eine neue Anlaufstelle haben. Die Eingliederungshilfe von Kindern und Jugendlichen soll hierbei im Geschäftsbereich Jugend bleiben und es gilt, verlässliche Standards zum Übergang vom Jugend- in den Erwachsenenbereich festzuhalten.

Welche Ziele hast du dir bis zum Ende der Legislaturperiode vorgenommen?

R.R.: Da gibt es vier große Themenfelder, die mich interessieren:



Ramona Reiser, 50-60 Stunden die Woche für euch unterwegs im Bezirk

Kinderarmut. Ich hoffe, an die Arbeit meiner Vorgängerin in der Landeskommission gegen Kinderarmut anknüpfen zu können. Projekte gegen Rassismus und Diskriminierung.

Sport und Bewegungsförderung – wie können entsprechende Angebote der Jugendarbeit unterstützt werden, wie können wir bspw. Spielplätze qualifizieren, so dass sie zur Bewegung einladen. Bewegungsförderung ist ein wichtiges Feld, weil auch in Mitte viele Kinder motorische Probleme haben. Gleichzeitig müssen ressortübergreifend Personal- und Raumprobleme gelöst werden. Modernisierung der Bezirksverwaltung im Hinblick auf eine effiziente IT-Infrastruktur und auf die vielfältiger gewordene Anwohnerschaft des Bezirks, der wir gerecht werden wollen.

Das Interview führte Andreas Böttger

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrummer Straße)
buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Fortsetzung von Seite 1: Wohnungen in öffentliche Hand!

gerungen aus eigener Erfahrung. Besonders peinlich an dem CDU-Antrag: Enteignung wird darin als „Verfassungsbruch“ angeprangert. Anscheinend kennen die Abgeordneten das Grundgesetz und die Berliner Verfassung nur vom Hörensagen, denn beide sehen die Möglichkeit der Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit vor, solange sie im Rahmen eines Gesetzes erfolgt und mit einer Entschädigung verbunden ist. Beim Autobahnbau z. B. gehört die Enteignung kleinerer Grundstücke seit Jahrzehnten zum Alltag.

Die Sozialisierung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln ist ebenfalls von Beginn an im Grundgesetz vorgesehen, wurde aber bisher in der BRD noch nicht praktisch erprobt. Soll sie gelingen, muss das Land Berlin zuerst ein entsprechendes Gesetz erlassen, das die Vorgaben des Grundgesetzes detailliert. Hierzu bereitet „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ ein Volksbegehren vor, das den Senat verpflichten soll, ein „Gesetz zur Vergesellschaftung von Grund und Boden“ auszuarbeiten.

Der Landesparteitag der LINKEN beschloss im Dezember 2018, das Volksbegehren zu unterstützen und alle Berlinerinnen und Berliner zur Unterschrift aufzurufen. Durch aktive Mitarbeit in der Kampagne, Ausrichtung von Infoveranstaltungen und die Arbeit in den Landes- und Bezirksparlamenten werden die Mitglieder der Partei sich in den nächsten Monaten für das Gelingen der Initiative einsetzen – unter anderem auf der Basiskonferenz am 22. März und mit einem Aktionsratschlag am 30. März.

Markus Wollina

Menschen in Mitte

Freundlich und akkurat am Rathaus-Empfangstresen: Levent Cayir

Ein langer, schwieriger Weg von Anatolien über Schwaben, Moabit und Treptow führte Levent Cayir ins Rathaus von Berlin-Mitte in der Karl-Marx-Allee 31. Seit 2017 gehört der 48-jährige in dem



Foto: Matthias Herold

Levent Cayir

Gebäude zum Team des Wach- und Objektschutzes Secura Protect Holding GmbH. Als ich mir kürzlich einen Termin für das Bürgeramt holen wollte, bekam ich schnell, akkurat und sehr freundlich Auskunft von dem Mann in dunklem Anzug, weißem Hemd und Krawatte.

„So an die 150 bis 250 Bürger kommen täglich mit ihren Fragen an unseren Empfangstresen“, informiert er mich. Seine Tagesschicht beginnt früh 5.30 Uhr. „Dann kommen auch schon bald die Mitarbeiter, Angestellten und Beamten aus den einzelnen Dienststellen und holen ihre Schlüssel. Bei 13 Etagen mit je etwa 30 bis 40 Zimmern kommen da fast 1500 Schlüssel zusammen.“ Lächelnd gesteht er, dass er bei den meisten Rathausmitarbeitern inzwischen schon deren Namen und Zimmernummern kennt. Zwölf Stunden lang ist ein Arbeitstag für Levent Cayir und seine vier Kollegen, mindestens 45 Stunden in der Woche.

Man sieht es ihm an, diese Arbeit macht ihm Spaß. Bis dahin musste er viele Hürden in seinem Leben überspringen. 1970 war Levent Cayir in der türkischen Provinzstadt Aksaray zur Welt gekommen. Seine Mutter verstarb

sehr bald, sein Vater suchte sich in der BRD eine Arbeit. Levent wuchs bei der Oma auf, als er an Kinderlähmung erkrankte. In der Hoffnung auf die deutsche Ärztekunst ging er als 16-jähriger nach Neu-Ulm, bekam lange keinen Job und keine Aufenthaltserlaubnis. Trotz Depressionen gab er nicht auf, verdiente Geld bei einer Lederwarenfirma, in einem Lebensmittelladen und bei Caritas und Diakonischem Werk.

Ein Freund riet ihm, in Berlin sein Glück zu suchen. Unterschlupf fand er in der Moabiter Erasmusstraße, später dann in einem Wohnhaus für Behinderte und Senioren in Treptow. Mehrere Jahre war Levent Cayir erfolgreich in Büros Berliner Umzugsunternehmen tätig, eignete sich Kenntnisse in der IT-Branche an, um auch den Service bei Computerhavarien zu übernehmen.

2012 wurde er von seinem Jobcenter auf die Idee gebracht, sich bei einem Wachschutzunternehmen zu bewerben. Mit zwei Anläufen erkämpfte er sich die dafür notwendige Sachkundeprüfung bei der Industrie- und Handelskammer, bewarb sich Dutzende Male, ging zu Vorstellungsgesprächen. Bis er dann Mitte 2017 die Zusage von Secura Protect erhielt, erstmal bis 2020. „Seitdem fühle ich mich glücklich“, betont der temperamentvolle Mann.

Zu seinem größten Glück aber gehört seine 6-jährige Tochter Zeynep Melisa, die einmal Tierärztin werden möchte. „Jetzt brauche ich nur noch für meine kleine Familie eine größere Wohnung“, wünscht er sich, „und vielleicht haben wir eines Tages auch ein Auto, mit dem wir zu meinen Lieblingsplätzen am Bodensee und im Schwarzwald reisen können.“

Matthias Herold

BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
 Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
 Telefon (030) 22 49 45 77
 kontakt@carola-bluhm.de / www.carola-bluhm.de
Sozial- und Mietenberatung
 Do 17-18 Uhr: 14.2./28.2./14.3./28.3./11.4.

Bei anderen gelesen

► Grußbotschaft an das neue Jahr

Es gibt seltsame Zeitgenossen. Sie reden von guten alten Zeiten, aber meinen damit andere als ich. Sie denken an diese merkwürdigen tausend Jahre, die nach zwölf Jahren schon rum waren. Damals herrschte ein Zeit-Ungeist. Wir dachten, die Menschen hätten die Lehren daraus gezogen. Aber

Lesermeinung in

„Der Spiegel“ Nr. 1 vom 29.12.2018

► Die da draußen gegen die da drinnen

Die Proteste der Gelbwesten zeigen: Der Westen ist von einer unübersehbaren Bruchlinie durchzogen. Wenn es nicht gelingt, den Konflikt zwischen Kosmopoliten und Populisten zu entschärfen, wird die liberale Demokratie untergehen. Der Untergang der Mittelschicht ist das schmutzige Geheimnis der Globalisierung.

„Der Spiegel“ Nr. 1 vom 19.12.2018

► Spendable Rüstungslobby

Parteispenden von Unternehmen sind Gift für die Demokratie. Denn es besteht der begründete Verdacht, dass sich die Gönner Einfluss auf die Politik kaufen wollen. Auch bei Parteispenden gilt, dass es keine Leistung ohne Gegenleistung gibt. Die politische Macht hat oft einen hohen Preis.

„Neues Deutschland“, 31.12.2018

► Vom unterwanderten Staat

Die AfD-Wähler und -Mitglieder sind im Staatsdienst: darunter auch 28 Bundestagsabgeordnete, 12 Pensionäre und 16 Aktive. Sie sind die zweitgrößte Gruppe nach den Selbständigen, gefolgt von Rechtsanwälten und Handwerkern. Im Bundestag verfügt die AfD über sieben Polizisten, fünf Soldaten, vier Richter und Staatsanwälte neben drei Verwaltungsbeamten, neun Lehrern und Hochschullehrern. In den Landes- und Kommunalparlamenten sieht es ähnlich aus.

„RotFuchs“, Dezember 2018

► Schicksalsjahr der AfD?

2019 könnte sich die AfD dauerhaft im Parteiensystem etablieren – oder ihren allmählichen Abstieg einläuten. Der Verfassungsschutz stuft die Partei nun bundesweit als Prüf-Fall für eine mögliche Beobachtung ein. In welche Richtung sich die AfD entwickelt, hängt aber auch von der CDU-Führung ab.

„Cicero“, Januar 2019

Kurznachrichten

► Durchschnittliche Lebenserwartung steigt rapide

Jedenfalls sagt das die amtliche Statistik. Im Jahr 2000 lebten in der Bundesrepublik fast 2000 Menschen, die hundert oder über hundert Jahre auf dem Buckel hatten. 2018 hatte sich ihre Zahl schon fast verdreifacht.

► Berlin hat einen gesetzlichen Feiertag mehr

Wir hatten nur neun solcher Frei-Tage. Alle anderen Bundesländer haben mehr davon. Bayern und Baden-Württemberg ngeehmen beide sogar 13 in gesetzlich verbürgten Anspruch. Abgeordnetenhaus und Senat haben dafür den 8. März – den Internationalen Frauentag – gewählt. Eine gute Entscheidung, die Respekt und Achtung für den historischen Kampf um die Rechte der Frauen bezeugt.

► Werden Fahrkartenschalter demnächst überflüssig?

Die Deutsche Bahn hat im vergangenen Jahr fast die Hälfte ihrer Fahrscheine im Fernverkehr Online verkauft. Das ist inzwischen der größte Vertriebszweig. Die Reisenden kauften 28,3 Millionen Handytickets, ein Plus von 75 Prozent gegenüber 2017, und 42 Millionen Fahrkarten, zehn Prozent mehr als im Vorjahr.

► 49,5 Grad Celsius – heißeste Temperatur in Australien

Das war am 24. Januar 2019 in Augusta. Der Januar brachte dem Land eine Durchschnittstemperatur von 30 Grad Celsius. Nur 2005 und 2013 mussten die Menschen dort noch stärker schwitzen.

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Erfolgreiche Kiezaktion im Milieuschutzgebiet Soldiner Straße

Mitte Januar waren vier Teams der Arbeitsgemeinschaft „Wohnen und Mieten“ der LINKEN von Berlin-Mitte im Soldiner Kiez erfolgreich unterwegs, haben an rund 300 Haustüren geklingelt und mit sehr vielen Menschen Gespräche geführt. Auch unser Direktkandidat in Mitte für den Bundestag, Steve Rauhut, dessen Topthema ohnehin die Mieten sind, war aktiv beteiligt.

Günstig für die Kiezaktion war nicht zuletzt, dass eine Teilnehmerin ihre Wohnung direkt im Kiez für einen vorbereitenden Workshop zur Verfügung stellen konnte und wir einen erfahrenen „Wahlkampfmatador“ wie Martin Neise hatten, der uns nicht ohne Humor und mit vielen Infos motivierte. Dadurch kam Schwung in die Angelegenheit – den man ja auch braucht, um die vielen Stockwerke zu bewältigen. Inhaltlich war



Steve Rauhut, Martin Neise und Christian Otto am Infostand Soldiner Straße (v.l.)

An einem Infostand Soldiner Str./Ecke Prinzenallee wurden zur gleichen Zeit Anwohner über ihre Rechte informiert und eine Checkliste der LINKEN zu Modernisierungsvorhaben der Vermieter verteilt. Denn der Anlass der Aktion war, dass der Soldiner Kiez Ende letzten Jahres aufgrund seines „hohen Aufwertungspotentials“ – und damit auch Modernisierungspotentials – vom Bezirksamt endlich zum Milieuschutzgebiet erklärt worden ist.

Kriterien für die Einrichtung als Milieuschutzgebiet waren unter anderem der hohe Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund sowie das hohe Potential für Modernisierungen: 76 % der Wohnungen in diesem Gebiet haben nur eine sehr einfache Ausstattung. Wie die Daten des gerade veröffentlichten Sozialberichts für Mitte zeigen, ist das durchschnittliche Nettoeinkommen der Wohnbevölkerung in der Soldiner Straße und den angrenzenden Kiezen das zweitniedrigste Berlins und wird nur noch von Nordneukölln übertroffen! Für die LINKE stimmten in den entsprechenden Wahlbezirken 2017 zwischen 22,2 und 34,6 Prozent der Bewohner.

das Thema der verteilten Flyer „Modernisierungsankündigung – Was nun?“ Darin sind die wichtigsten Fragen zu Mieterrechten, Hausversammlungen und anderen Aktionsformen, Härtefallregelungen, Besonderheiten der Milieuschutzgebiete und Adressen für kostenlose Sozial- und Mieterberatung bei Modernisierungsankündigungen kurz zusammengefasst. Die Stimmung der besuchten Mieter war durchweg angenehm, zwischen freundlich und sachlich.

Übrigens hat unser Direktkandidat für Mitte, Steve Rauhut, sogar persönlich bewiesen, dass niedrige Mieten möglich sind. Er sagt: „Wir von der REFO-Moabit haben ein Gelände von 4000 qm mit 4 Millionen Euro vollsanziert. Dennoch vermieten wir für fünf Euro fünfzig nettokalt plus einem Euro Solidar-Umlage. Wir haben bewiesen, dass das ohne Eigenkapital, nur mittels Krediten bei Banken möglich ist. Voraussetzung ist der Wille. Aber auch der politische Wille muss da sein. Gesetzliche Steuerungsmöglichkeiten auf Bundesebene müssen her.“

Rainer Scholz

Zwischen Hochsommer und Hochwinter

Stört mich das Alter, stört mich das Wetter? Das hängt vom Kontext ab. Im Sommer ist's subjektiv vergnüglicher, im winterlichen Niesel wirkt Berlins mittlere Mitte weitläufiger, grauer, dreckiger, lauter, provinzieller als gedacht. Bei Sonne lächeln Fußgänger, scheint's mir bunter, aufgeräumter, sauberer, weltoffener, romantischer zu sein ...

In Berlin Mitte gibt es 380 000 Einwohner, 3,34 Quadratkilometer Bürgersteig bzw. 691 Kilometer Fussgängernetz, aber diese Zahlen erzählen keine Geschichten, nichts über 50 Prozent der Einwohner mit nicht-deutschem Background, über soziale Spannungen, Löcher, Fahrräder, Skateboards, Hundehaufen und Abfälle jeder Art. Wer hier gehen, laufen, rennen, schlendern, bummeln muss oder will, arrangiert sich.

In die Mitte der Mitte des Universums Berlin drängen Menschen. Manch modischer und kulinarischer Schrei findet sich in den Nebenstraßen. Auch hinterm Rosa-Luxemburg-Platz, wo Suhrkamps Neubau die Sichtachse verändert, wo am Spielplatz Zolastraße ein Zettel nicht vor Ratten, Van-

dalismus, Abriss, Umbau oder Drogenfunden warnt, sondern zum Urban Gardening einlädt, zu vernetzter Nachbarschaft, Kinderspaß, eigenen Beeten (max. 60 cm Fallhöhe!), Gießen und Rattengittern. Siehe nebenan.de. Am Koppentplatz und Monbijoupark wird nicht gegärtnert, Putzkolonnen sind unterwegs, bald kommen Sonnenanbeter. Hoffentlich erholt sich der Rasen. Verschwunden ist die Obdachlose, für die morgens nachbarschaftlicher Kaffee neben der Bank dampfte, auf der sie schlief. Das neue Jahr lebt sich ein. Grüne Woche und Fashion Week, junge Männer in langen Röcken und wehenden Pelerinen sind gewesen. Es gibt neue Nagelstudios. Woher kommen junge Vietnamesinnen, die kein deutsch sprechen? Gerade habe ich entdeckt, dass sich in der Torstraße auch georgisch essen lässt. Unweit davon werden zwei leerstehende historische Häuser vor weiterem Zerfall gerettet. Jetzt residiert Google denkmalsgeschützt in der Tucholskystraße, das wird die Gegend zusätzlich beleben. Aber aus dem Großbau Oranienburger Straße wachsen noch keine Erdgeschosse mit Cafés.



Wie lange dauert es noch mit dem Tacheles-Quartier?

Ost und West, alte und nördliche neue Mitte, Wohlstand, Arbeitslosigkeit, Armut und Bildungsabschlüsse klaffen auseinander. Seit 30 Jahren für mich die Berliner Realität.

Irene Runge

Lasst uns träumen und die Welt verändern!

Der REFO-Campus und die Einweihung des Wiclefplatzes

Es war Liebe auf den ersten Blick, als ich gemeinsam mit einigen Freund*innen 2009 den REFO-Campus in Moabit mit seiner schönen neogotischen Kirche und den nahezu leer stehenden und verfallenen Häusern und Kita das erste Mal betrat. Wir hatten den verrückten Traum, dass hier ein vielfältiger und lebendiger Begegnungs- und Hoffnungsort im Kiez entstehen würde.

Heute, fast zehn Jahre später, ist dieser Traum Realität geworden. Mit einem 99-Jahre-Erbbaurechtsvertrag haben wir als junge, christliche Gemeinschaft den REFO-Campus übernommen. Solidarisch und finanziell eigenständig (ohne Kirchensteuern) leben und betreiben wir Kirche, Kita und die ganzen Häuser und sind heute etwas ganz Neues innerhalb der Evangelischen Kirche geworden. Die Häuser haben wir kernsaniert, leistbarer Wohnraum, preiswerte Gewerbeflächen und unsere neue große REFO-Kita sind entstanden. Gemeinsam mit den vielen tollen Menschen

der REFO-Cantorei, ReachOut, OPRA, BALZ, Theater X, Foodsharing und des Liberal Islamischen Bunds ist die vielfältige und einladende REFO-Community gewachsen.



Große Feier mit Senator und Stadträten

Kurz vor Weihnachten haben wir dann zusammen mit dem ganzen Kiez die Fertigstellung des Wiclefplatzes auf dem REFO-Campus gefeiert, der jetzt zum Verweilen einlädt und die Möglichkeit für Markt- und Open-Air-

Veranstaltungen bietet. Auch unser Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa, Klaus Lederer, unsere neue Bezirksstadträtin Ramona Reiser, Bezirksstadtrat Ephraim Gothe und unsere Abteilungsleiterin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Sandra Obermeyer kamen zu dem Einweihungsfest. Sie waren begeistert von der REFO-Community und den mehr als 15 Initiativen und Projekten aus Moabit, die gemeinsam mit einem schönen Adventsmarkt das Fest gestalteten und stellten fest: Zusammen tragt ihr wirklich dazu bei, dass sich unser Kiez, unsere Stadt, unsere Welt verändert!

Persönlich ist für mich die Geschichte und das Leben auf dem REFO-Campus eine tolle und ermutigende Erfahrung. Es lohnt sich, Träume zu leben! Deswegen, lasst uns gemeinsam träumen und politisch dafür kämpfen, dass wir unsere Stadt hin zu einer sozial-ökologisch gerechten und solidarischen Gesellschaft verändern!

Steve Rauhut

Bald fahren und essen Schülerinnen und Schüler kostenlos

Gemeinsam mit meiner Abgeordnetenkollegin Franziska Brychcy erlebte ich vor einiger Zeit die Fahrscheinkontrolle eines jungen Mädchens in der U2 mit. Das nach meiner Schätzung vielleicht zwölfjährige Mädchen hatte korrekterweise einen ermäßigten Fahrschein dabei und wurde von drei bulligen Kontrolleuren umstellt.

Diese wollten ihren Ausweis sehen – den sie natürlich nicht haben konnte – und unterstellten ihr, deutlich älter als die angegebene 13 Jahre zu sein. Sie forderten das sichtlich eingeschüchterte Mädchen rüde zum Aussteigen auf. Auch unsere Intervention hielt die Kontrolleure davon nicht ab. Wir fragten danach beim Senat mal ab, wie viele Kinder eigentlich in Kontrollen ohne Fahrschein angetroffen werden. Die Zahlen waren erschreckend: 4834 Kinder zwischen 6 und 14 Jahren wurden 2017 ohne gültigen Fahrschein angetroffen, darunter sogar 141 unter 8 Jahren. Es sind offenbar viele Kinder allein in Bussen und Bahnen des ÖPNV unterwegs – auf dem Weg zu Schule, Sport, Freunden oder Eltern. Das ist gut so, Berlin ist sicher genug. Und junge und jüngste Menschen nutzen den ÖPNV, statt mit dem Auto durch die Stadt gekarrt zu werden. Dieses Sicherheitsgefühl von Eltern und Kindern kann durch rüde Kontrollen wie die von uns erlebte dramatisch beeinträchtigt werden. Diesem Problem begegnet man am besten, wenn Schülerinnen und Schüler umsonst



Forderung der LINKEN bald Realität: Freie Fahrt für Berlins Kinder

fahren können. Zugleich könnte man mit Kostenfreiheit einen Beitrag zur Entlastung von Familien mit Kindern leisten und den Einstieg in den fahrscheinlosen ÖPNV erproben. So beschloss ein Landesparteitag der LINKEN im April 2018 diese Forderung.

Wir hätten damals nicht gedacht, dass uns die gute Einnahmelage des Landes Berlin so schnell eine Umsetzung möglich macht. Mit dem Nachtragshaushalt haben wir im Abgeordnetenhaus beschlossen, dass Schülerinnen und Schüler ab dem Schuljahr 2019/2020 kostenlos mit dem ÖPNV fahren können. Darüber freue ich mich persönlich besonders.

Auch das Schulessen soll ab dem kommenden Schuljahr nichts mehr kosten. Niemand soll in die Situation kommen, dass manche Kinder in unseren Schulen mit leerem Magen neben ihren Mitschülern sitzen und diesen beim Essen zuschauen. Auch mit diesem Schritt entlasten wir Familien mit Kindern – ohne an der Qualität des Essens zu sparen.

Gerade in unserem Bezirk mit den riesigen Unterschieden zwischen Arm und Reich tragen diese Maßnahmen dazu bei, dass diese Spaltung nicht auch noch in den Schulen sichtbar wird.

Tobias Schulz

EU-Arbeitsplatzgrenzwert für Deselemissionen

Am 11. Oktober 2018 einigten sich das Europäische Parlament und der Rat über eine Erweiterung der Richtlinie zu krebserregenden Arbeitsstoffen. Folgende Daten zeigen eindrücklich die Wichtigkeit der Richtlinie.

2015 wurden in Europa etwa 3.500 tödliche Arbeitsunfälle registriert. Im gleichen Jahr sind allerdings geschätzte 100.000 Menschen (Europäische Kommission) an berufsbedingten Krebserkrankungen gestorben. Wissenschaftliche Studien gehen von insgesamt etwa 160.000 tödlich verlaufenden Berufserkrankungen pro Jahr in Europa aus.

Die 1990 verabschiedete europäische Krebsrichtlinie hat hohe Schutzstandards

für die Beschäftigten in Europa gesetzt und ist als ein wichtiger Baustein des europäischen Arbeitsschutzrechts zu betrachten, das insgesamt als ein fortschrittlich ausgebauter Bereich der europäischen Sozialpolitik betrachtet werden muss. Allerdings sind bisher nur wenige Stoffe in diese Richtlinie aufgenommen. Seit langem fordern die europäischen Gewerkschaften die Aufnahme von 50 besonders relevanten Stoffen. Nach und nach konnten für diese Forderung verschiedene Mitgliedsstaaten gewonnen werden und 2015 erklärte sich die Europäische Kommission bereit, einen Prozess des sukzessiven Ausbaus der Richtlinie zu starten. Seither sind drei Listen mit insgesamt 26 neuen oder revidierten

Arbeitsplatzgrenzwerten vorgelegt worden. Grenzwerte für elf neue Stoffe wurden in einem ersten Schritt im Dezember 2017 festgelegt. Acht zusätzliche Stoffe sollen in einem nächsten Schritt von der Richtlinie erfasst werden, darunter auch Abgasemission von Dieselmotoren an Arbeitsplätzen. Obwohl Deselemissionen von der Kommission noch nicht vorgeschlagen wurden, sind sie auf Drängen des Parlaments erfreulicherweise aufgenommen worden. Diese Entscheidung wird etwa 3,6 Millionen Beschäftigte in der EU direkt betreffen und nach Schätzungen mindestens 6.000 durch Lungenkrebs verursachte Todesfälle pro Jahr verhindern.

Rolf Gehring, BO Brüssel

Das ist das Letzte

Das Staatsschiff Deutschland kommt endlich in Fahrt. Die rauen Winde aus Washington, London und Paris haben nachgeholfen.

Wir müssen runter von der Sandbank des „Weiter so!“ Nicht nur wegen der riskanten Fahrerin der Außenpolitik. Mehr noch wegen dem „Bermuda-Dreieck“ der Innenpolitik – zwischen CDU, SPD und AfD. Es stehen Tauchgänge bei vier Wahlen an: Im Mai die Europa-Wahl und im September / Oktober die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Dazu noch 30 Jahre Mauerfall und 70 Jahre Bundesrepublik. Die zwei Parteien auf der Kommandobrücke, Union und SPD, haben Angst vor den Heul-Bojen der Meinungsforscher.

Die CDU muss ihren Hosenanzug aufbügeln. Die SPD steht in Unterhosen da. Und da zerrt heftig die AfD dran! Drum hüllten sich die Regierungsparteien schnell in „Geschenkpapier“ ein. Die SPD legte einen 12-Punkte-Plan auf den ostdeutschen Gabentisch. Die CDU legte einen 21-Punkte-Plan daneben. Überschrift: „Alles für jeden aus Angelas Läden!“. Mehr Strukturhilfe im Osten, mehr Bundesbehörden, mehr Forschung, mehr Nahverkehr, mehr Ärzte und Pfleger, mehr Fördermittel, die Abwanderung stoppen, die Digitalisierung beschleunigen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West ...Herz, was brauchst du mehr?

Na vor allem fehlt mehr Glaubwürdigkeit, mehr Gerechtigkeit, mehr Mitgefühl für die Ausgegrenzten. Da helfen keine Papiere. Alles, was da drinnen steht, hat die LINKE seit Jahrzehnten gefordert und Kanzler Kohl im Rausch 1990 versprochen. Damals sollten die „blühenden Landschaften“ in 4-5 Jahren kommen. Jetzt ist eine Generation im Osten davongelaufen. Noch 20 Jahre kann es dauern bis die Löhne und Renten vergleichbar werden. Was sollen die deprimierten Mannschaften den halbblinden Lotsen für diese Abenteuerreise schenken? Dem Ossi-Volk gebührt ein Durchhalte-Orden – den Kapitänen der Irrfahrt ein Kaktus! **Arthur Paul**

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337
E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 29.01.2019
Ausgabetag für Nr. 03/2019 – 07.03.2019

Vor 100 Jahren –

Achtstundentag in Deutschland

„Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf acht Stunden nicht überschreiten“ – so steht es heute im Arbeitszeitgesetz. Vor 100 Jahren wurde der gesetzlich begrenzte Normalarbeitstag erstmals Wirklichkeit in Deutschland.

Wie Marx im „Kapital“ zeigte, ist der Normalarbeitstag „das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse.“ Die Arbeiterbewegung machte den Normalarbeitstag daher frühzeitig zur Kernforderung.

„8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Erholung, 8 Stunden Schlaf“ – diese Parole des Frühsozialisten Robert Owen wurde seit den 1830-er Jahren von der englischen Arbeiterbewegung hochgehalten. Die Forderung verbreitete sich: 1866 wurde sie von der 1. Internationale gestellt, 1869 im Eisenacher Programm der SPD, 1889 auf dem Gründungskongress der 2. Internationale. National umgesetzt wurde sie erstmals 1915 in Uruguay.

Auch in Deutschland war die Arbeitszeitbegrenzung Ausdruck des Klassenkampfes. Infolge der Novemberrevolution war die Kapitalistenklasse zu Zugeständnissen bereit, verlangte ebensolche aber auch von der Arbeiterschaft. Am 15.11.1918 schlossen Vertreter von Kapital und Arbeit das sog. Stinnes-Legien-Abkommen. Es enthielt die gegenseitige Anerkennung von „Arbeitgeber“-Verbänden und Gewerkschaften

als Tarifpartner sowie die Einführung des Achtstundentages, welche zum 1.1.1919 erfolgte.

Die Freude währte nicht lange: Bereits 1923 wurde ein Arbeitstag von bis zu 11 Stunden legalisiert. Der Arbeitstag blieb Objekt der



Foto: wikipedia

Auseinandersetzung im Klassenkampf. Heute steht er weltweit unter Beschuss, wie etwa die aktuellen Kämpfe in Ungarn und Österreich zeigen. Auch der bayerische Wirtschaftsminister Aiwanger forderte kürzlich eine „Flexibilisierung“ für die Gastronomie mit bis zu 13 Arbeitsstunden täglich.

Angesichts der enormen Produktivität der modernen Produktionskräfte wäre jedoch längst eine weitere Begrenzung des Arbeitstages angebracht. Der Normalarbeitstag bleibt daher weiterhin wesentliches Kampffeld für die Linke weltweit. **Markus Wollina**

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Wir gratulieren im Februar zum Geburtstag!

- zum 95. Rosemarie Bender, Georg Pfeuffer
- zum 92. Eva Gumpel, Horst Tinz
- zum 91. Anneliese Lindner
- zum 90. Edith Kehr, Hans-Joachim Buchwald
- zum 89. Karl Seidel, Hans-Christian Teubner
- zum 87. Katharina Prosetzky
- zum 86. Erna Funk, Ulla Plener, Hildegard Rutekolk, Günter Fuhrmann
- zum 85. Annemarie Wenzel, Werner Vogel
- zum 84. Günter Poppe
- zum 83. Käthe Wetzels, Rolf Richter
- zum 82. Rosemarie Giese, Helmut Möller, Siegfried Wein
- zum 80. Ruth Mütze, Gerhard Retzke
- zum 70. Karin Herbert, Elke Reuter